

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringergebühren 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.60 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle über deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Landesverräter in der bayerischen Königsparlei.

### Anschluß an Frankreich unter Rupprecht.

München, 2. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchener Post meldet, daß Herr Wiborg, der in München Agitatoren für die bayerische Königsparlei sucht, hier durch Inzerate einige Leute zusammengebracht hatte, denen er auseinanderlegte, wie notwendig es sei, daß sie für die bayerische Königsparlei und ihr Organ, den Königsboten, Propaganda machen. In einer Ansprache informierte er sie über seine politischen Anschauungen. Dabei wurde den Agitatoren u. a. mitgeteilt, daß Reich und Reich hätten Bayern an die Preußen verraten. Die augenblickliche Regierung sei schuld, daß wir die Einwohnerwehren verloren hätten. Diese Regierung bestehe aus Volkoverrätern. Es sei ein Wahnsinn, an einen Revanchekrieg mit Frankreich zu denken, daher müßten Kerle wie Oberst Rylander als Landesverräter bestraft werden. Um die einzige Rettung ist: Los von Preußen und Anschluß an Frankreich. Als Herr Wiborg seinen Agitatoren mitgeteilt hatte, daß sie für den Abonnement, den sie für den Königsboten gewinnen, in der Stadt 8 Mark, auf dem Lande 12 Mark erhalten, machte er ihnen noch klar, daß der zukünftige König von Bayern Kronprinz Rupprecht sei, der sich jetzt schon auf dem Lande populär mache, indem er jedem Hofsnecht die Hand drücke und sich mit ihm unterhalte. Interessant war, was über die Einzelheiten der Abonnementwerbung noch gesagt wurde: „Besucht in München nur die Kleinindustrie, keine Großindustrie und keine Beamten, letztere auf dem Lande wohl, besucht alle Geschäftseute, auch Juden, aber nur keine Schüler und Schneider. Erhöht den Reuten, die Ballonmühlen-Minister-Wirtschaft müsse aufhören, denn Preußen ist dem Zusammenbruch näher, als wir glauben. Sobald wir einen König haben, werden die Lebensmittel um 50 Prozent billiger, ebenso die Kohlen um 30 Prozent. Butter, die wie uns heute nicht leisten können, wird dann zu billigen Preisen auf den Markt kommen. Aber dieses dürfen Sie nicht in ihrer Tätigkeit auf dem Lande verwenden, sonst haben Sie bei den Bauern keinen Erfolg. Den Bauern müssen Sie sagen, man will euch euer Bier verteuern, darauf fällt jeder echte Bauer herein.“ Ein richtiger Schwundiebriß wurde den Herren Agitatoren noch mit auf den Weg gegeben: „Nehmt zwei Bestellscheine und schreibt die Namen von angesehenen Bürgern des betreffenden Ortes darunter und werbt mit diesen zwei neuen Abonnenten dann die zuerst gefälligen. So werdet ihr großen Erfolg haben.“

Die lebenswichtige Charakterisierung der Ruhr und Konjunktur durch die Vererber der Königsparlei darf nicht darüber täuschen, daß nur ein demagogisches Spiel mit verteilten Rollen gespielt wird. Im entscheidenden Augenblick würden sich die Wiborg und Ruhr im Landesverrat für Rupprecht zusammenschließen. Der Beweis dafür liegt auf der Hand — der Landesverräterischen Agitation der Wiborg und Konjunktur wird kein Hindernis von der Ruhrregierung in den Weg gelegt, und sie wird auch nach diesen Enthüllungen nicht gestört werden. Und Herr Rupprecht wird unbehelligt in Bayern verbleiben. Die Reichsregierung wäre freilich verpflichtet, nach dem Rechten zu sehen. Aber was darf man von ihr gegen Ruhrbayern erwarten?

## Immer noch Werbungen für Oberschlesien.

Berlin, 2. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am 1. August erschien, wie die Freiheit meldet, der Jäger Paul Hamann von der dritten brandenburgischen Jägerabteilung vor einem Arbeitssachverständigen und versuchte dort Anwerbungen für Oberschlesien vorzunehmen. Er wurde von den Erwerbslosen gestoppt. Die Durchsicht seiner Papiere ergab, daß er eine Reihe Adressen bei sich trug, so z. B. vom Verband national gekaufter Soldaten, von Mitgliedern des deutschen Schutz- und Trutzbundes und der Deutschen Volkspartei. Nach seinen Angaben hat er die Adressen von seinem Vorgänger, Leutnant Elster, in dem Amtszimmer des Schöneberger Rathauses erhalten. Er behauptet, daß er deshalb unter die Arbeitslosen gegangen sei, um durch die Anwerbung von Profektarieren ein besseres kameradschaftliches Verhältnis innerhalb seiner Formation herzustellen, denn bisher sei keine Formation zum größten Teil aus Studenten zusammengesetzt. Hamann wurde durch einen Kriminalbeamten festgenommen und nach der Postkammer gebracht. Die Werbungen für Oberschlesien scheinen also in ganz großartigem Maße gelüftet zu werden.  
Und Herr Geckler schläft weiter und die Herren Bauer und Gradnauer hören ihn nicht. Oder doch?

## Sollen die Goldwerte erfasst werden?

Berlin, 2. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu den Besprechungen des Reichskabinetts über die Steuerentwürfe ist es bekannt, daß das Kabinett zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers bezüglich der Erfassung der Goldwerte einen Weg in der Erfüllung unserer Leistungverbindlichkeiten der Entente gegenüber bedeuten. Tendenzmeldungen einiger Berliner Blätter, die von einer Zweipartigkeit und einer Gegnerschaft zwischen Finanzminister und Wirtschaftsminister wissen wollen, beruhen auf freier Erfindung.  
Daß man nach dieser Vorwärtsmeldung nun wüsste, ob die Goldwerte erfasst werden sollen, kann man nicht behaupten. Die diplomatische Ausdrucksweise läßt alles befürchten.  
Wolffs Bureau meldet unterm 1. August:  
Die Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Steuerentwürfe wurden heute nachmittags weitergeführt. Die Kasse des

Reichskabinetts nach Bremen macht eine Unterbrechung notwendig. Sie werden Mittwoch nachmittags wieder aufgenommen werden. Die durch die Presse gegebenen Mitteilungen über Einzelheiten und Tendenz der Beratungen des Reichskabinetts beruhen auf Kombinationen.

## Die Haltung Deutschlands zum Entente-Kollektivschritt.

Berlin, 2. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Haltung, die die deutsche Regierung in ihrer wahrscheinlichen Antwortnote auf den Kollektivschritt der Entente einnehmen wird, läßt sich, wie das Berliner Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen erfährt, etwa Folgendes sagen: Man wird die Bereitwilligkeit Deutschlands erklären, dem Verlangen der Entente nachzukommen, falls der Oberste Rat eine dazugehörige Entscheidung fällen sollte. Nach einem vorherigen Gesamtbeschluss des Obersten Rates wäre Deutschland auf Grund des Berliner Vertrages zu dem Transporttransport verpflichtet. Im Anschluß an die Erklärung ihrer Bereitwilligkeit wird die deutsche Regierung um nähere Angaben bezüglich der Truppen und die Art des Transportes ersuchen, damit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können.

## Die überlastete Entente-Konferenz.

Berlin, 2. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Französische Zeitungen weisen darauf hin, daß das Programm für die Konferenz des Obersten Rates zu umfangreich sei. Die Beratungen sollen nicht länger als eine Woche dauern. Sie können in sechs Tagen außer Obereschließen und den Sanktionen auch noch die Leipziger Prozesse und das Orientproblem, die Vorbereitungen für die Konferenz in Washington und schließlich noch die Verhältnisse in Albanien besprechen. Das seien Fragen, die jeden Anlaß zu ersten Diskussionen geben könnten.

## Professstreik gegen die Lebensmittelteuerung.

Danzig, 1. August. Da die von Seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Neumarkt verboten wurde, rufen heute der Allgemeine Gewerkschaftsbund für die Freie Stadt Danzig, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, die Asa, die sozialdemokratische Partei in Danzig die unabhängige sozialdemokratische Partei Danzigs und die vereinigte kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Danzig, zu einem am Donnerstag, dem 4. August, stattfindenden allseitigen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die unerhörte Belastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen eine Erhöhung der Wohnungsmiete, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und gegen die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der bestehenden Teuerung wird gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger, eine Erhöhung der Bezüge der Invaliden, der Witwen und Waisen sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

## Nie wieder Krieg!

Hamburg, 1. August. (Df.) Die gestrige internationale Friedensdemonstration gestaltete sich in Hamburg zu einer glänzenden Kundgebung. Die Moorweide und die anliegenden Plätze und Straßen am Dammtor-Bahnhof waren von mehr als 100 000 Menschen gefüllt. Außer zahlreichen Verbänden, Vereinigungen und Frauenteilen, städtischen Vereinigungen und Ausschüssen des ADGB und der Asa hatten in letzter Stunde auch das Landeskartell Groß-Hamburg des Deutschen Beamtensyndikats und seine Mitglieder aufgeföhrt, sich recht zahlreich an der Demonstration zu beteiligen. Von zehn Rednertribünen wurde über den Frieden und über die Bestrebungen, die dahingehen, den Weltfrieden für alle Zeiten zu sichern, gesprochen. Außer Rednern der verschiedenen Verbände und Vereinigungen hatten auch die meisten politischen Parteien Redner gestellt, mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Kommunisten.

## Kerze gegen die Brotverteuerung.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Magdeburg wendet sich die Kammer für die Provinz Sachsen gegen die beabsichtigte Preissteigerung. Eine beträchtliche Erhöhung des Preises würde zur Folge haben, daß weite Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unterernährung und ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten. Die Kammer hält es im Hinblick auf das allgemeine Wohl für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung notwendige tägliche Brot in der bisherigen Preishöhe weiter zu verabfolgen.

## Gewerkschaftsprinzip oder Nebenregierung.

Von Rich. Lipinski.

Meine Antwort auf den Offenen Brief Woeffers hat den Herrn Ministerialrat erneut mit einer Erklärung und den Bund sächsischer Staatsbeamten mit einer Eingabe an das Gesamtministerium auf den Plan gerufen. Der Beamtensbund widmet eine Sondernummer des Blattes Der sächsische Staatsbeamte der Antwort, die wahrscheinlich als Flugchrift verbreitet, bei den Beamten die nötige Kampfstimmung gegen mich erzeugen soll. Das Schreiben Woeffers zeugt von seiner Befangenheit in konservativer, bürokratischer Weltanschauung und seiner Weltfremdschaft gegenüber dem demokratischen Verwaltungsprinzip, und ist ein wesentlicher Beleg für die Geistesverfassung gewisser Beamtengruppen.

Das Schreiben des Beamtensbundes ist überaus gut, weil es durch Redensarten über den Kern der Sache wegzuläuteln versucht und ein angebliches gewerkschaftliches Prinzip verflucht. Es zeigt, wie wenig der Beamtensbund mit gewerkschaftlichen Grundsätzen vertraut ist, wie wenig er auf diesem ihm früher fremden Gebiet heimlich ist.

In meiner Antwort hatte ich den urkundlichen Nachweis geführt, daß der Bund sächsischer Beamten die Forderung erhoben hatte, bei der Besetzung von Beamtenstellen mit zu entscheiden, was staatsnotwendig ist und wie ein Ministerialdirektor im Ministerium des Innern die Erfüllung dieser Forderung mit der Drohung seines Rücktritts zu erzwingen versucht hatte. Da die Ernennung von Beamten ausschließlich Sache des Gesamtministeriums ist, so bedeutete das Verlangen des Beamtensbundes und seiner Regisseurs den Anspruch auf Anteilnahme an der Regierungsbildung, d. h. die Etablierung einer unverantwortlichen Nebenregierung. Hiergegen habe ich mich gewendet und dieses Verlangen abgelehnt. In dem Schreiben an das Gesamtministerium sucht der Beamtensbund seine Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. Einmal, indem er wider besseres Wissen behauptet, die von mir zitierten Briefstellen des Bundes seien aus dem Zusammenhange gerissen, dann aber durch die Vorpiegelung, er habe nicht den Kampf gewollt, sondern habe nur „um Gehör gebeten“, nur um „eine bescheidene Mitwirkung gebeten“, er stehe zwar dem Briefe Woeffers fern, billige aber seine Tendenz, um endlich in die Drohung zu münden, „den ausgezwungenen Kampf mit Energie und Zähigkeit zu führen, bis er durch Sicherstellung ihrer Lebensinteressen zum Wohl des Volksganzen beendet ist. Das Schreiben endet in vier Forderungen, unter denen verlangt wird:

Der unter den früheren Kabinetten nach dem November 1918 eingeschlagene Weg der Verständigung muß sofort wieder aufgenommen werden, und der Fall Riffel soll einer Nachprüfung unterzogen werden.

Also der Beamtensbund fächelt seine Kumaßung gegen die Regierung in einen ausgezwungenen Kampf um, macht das Bestehen des demokratischen Staates von der Einwirkung des Bundes auf die Ernennung von Beamten abhängig und erhebt somit erneut den Anspruch nach einer Nebenregierung.

Diese Forderung rechtfertigt er mit „gewerkschaftlichen Prinzipien“. Es sei deshalb diese Seite etwas näher beleuchtet. Die prinzipialistische Produktion erzeugt Mehrwert, der durch die Ausbeute der Arbeitskraft gewonnen wird. Der Arbeiter wird entlassen, wenn der Unternehmer keinen Mehrwert mehr aus ihm herauspressen kann. Der Arbeiter steht immer in Gefahr, daß seine Arbeitskraft unverkäuflich ist, daß er erwerbslos wird und er und seine Familie hungern müssen. Deshalb schließen sich die Arbeiter in Gewerkschaften zusammen, um durch ihren Zusammenhalt, durch geschlossenem Kampf, Streik, den Unternehmer zur Hergabe eines Lohnes zu zwingen, der dem Lebensbedürfnis des Arbeiters annähernd entspricht und um durch Tarife eine gewisse Stabilität in das Arbeitsverhältnis zu bringen. Ihre Erzeugnisse wurden ihnen aber durch politisch-wirtschaftliche Maßnahmen, wie Lebensmittelwucher, Steuerpolitik usw. streitig gemacht, und zwangen sie, auch auf die Politik des Landes und des Reichs einzuwirken, die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter zu beeinflussen.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist also, die Lebenshaltung der Arbeiter zu sichern. Sie haben die Gewerkschaften den Anspruch erhoben, mitzubestimmen, wer in einem Betriebe an leitende Stelle gestellt werden soll. Das aber verlangt der Beamtensbund, indem er auf die Ernennung von Beamten einzuwirken versucht, er verläßt damit den Boden der Gewerkschaft.

Nun stehen die Beamten durchaus nicht den Arbeitern gleich. Ebenso ist es falsch, von den Staatsangestellten durchweg als von Beamten zu sprechen. Die Zahl der eigentlichen Staatsbeamten ist verhältnismäßig klein, die vom Staate Beschäftigten zerfallen in Arbeiter, Angestellte, Staatsdiener und Beamte. Für die Arbeiter und Angestellten besteht das Kündigungsrecht und ihr Lohnverhältnis wird durch Tarifvertrag geregelt. Die sogenannten Staatsdiener, z. B. die große Zahl der staatlichen Polizeibeamten, ca. 9000 an Zahl, haben für die ersten 25 Jahre ihrer Dienstzeit